

# Inhaltsübersicht

Literaturverzeichnis .....	XXIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XLI
1 Einleitung.....	1
2 Grundlegende Begrifflichkeiten und Zusammenhänge .....	5
3 Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit der Qualifikation der Geschäftsleiter und Aufsichtsräte .....	27
4 Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit und Qualifikation der Geschäftsleiter von Versicherungsunternehmen .....	43
5 Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit und Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder von Versicherungsunternehmen .....	169
6 Besonderheiten bei der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea-SE).....	247
7 Begrenzung von Mehrfachmandaten.....	263
8 Begrenzung des Wechsels aus dem Vorstand in den Aufsichtsrat .....	311
9 Rechtsfolgen und Eingriffsbefugnisse bei Verstößen gegen die Regelungen in 7a Abs. 1 Satz 5 und Abs. 4 Satz 3 und 4 VAG .....	317

10	Voraussichtliche Änderungen durch die Einführung des Solvency II-Aufsichtsregimes durch das 10. Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes.....	321
11	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	337

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis .....	XXIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XLI
§ 1 Einleitung .....	1
A. Allgemeine Einleitung .....	1
B. Gang der Untersuchung .....	3
§ 2 Grundlegende Begrifflichkeiten und Zusammenhänge .....	5
A. Aufsichtsbehörde .....	5
B. Rechtsquellen und Materialien .....	7
I. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) .....	7
II. Rundschreiben und Merkblätter der BaFin .....	9
III. Mindestanforderungen an das Risikomanagement .....	11
IV. Reform der rechtlichen Grundlagen des Europäischen Versicherungsaufsichtsrechts in Folge der Einführung des Solvency II-Aufsichtsregimes .....	12
C. Zulässige Rechtsformen für den Betrieb einer Versicherungsgesellschaft .....	16
I. Versicherungsaktiengesellschaft .....	17
II. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) .....	17
III. Die Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea – SE) .....	19
IV. Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts .....	20
D. Sinn und Zweck des VAG .....	21
E. Verfassungsrechtlicher Bezug der Anforderungen an die Zuverlässigkeit und persönliche Qualifikation von Geschäftsleitern und Aufsichtsräten .....	23
§ 3 Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit der Qualifikation der Geschäftsleiter und Aufsichtsräte .....	27
A. Eingriffsbefugnisse im Zusammenhang mit der Qualifikation der Geschäftsleiter .....	27

I. Prüfung anlässlich der Erlaubniserteilung .....	27
II. Maßnahmen im Rahmen der laufenden Aufsicht .....	28
1.) Abberufung des Geschäftsleiters und Tätigkeitsverbot .....	28
2.) Bestellung eines Sonderbeauftragten.....	29
3.) Widerruf der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb .....	30
4.) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	30
III. Prüfung anlässlich der Bestellung eines neuen Geschäftsleiters.....	32
B. Eingriffsbefugnisse im Zusammenhang mit der Qualifikation der Aufsichtsräte .....	32
I. Prüfung anlässlich der Erlaubniserteilung .....	32
II. Maßnahmen im Rahmen der laufenden Aufsicht .....	33
1.) Abberufung eines Aufsichtsratsmitglieds und Tätigkeitsverbot .....	33
a.) Abberufung eines Aufsichtsratsmitglieds.....	34
b.) Tätigkeitsverbot .....	36
c.) Stellung des Antrags auf Abberufung an das Gericht durch die Aufsichtsbehörde selbst gemäß § 87 Abs. 8 Satz 3 VAG.....	37
2.) Bestellung eines Sonderbeauftragten.....	38
3.) Widerruf der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb .....	38
4.) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	39
III. Prüfung anlässlich der Bestellung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds .....	39
C. Besonderheiten bei einer Versicherungsholding.....	40
D. Besonderheiten bei einem VVaG .....	41

## § 4 Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit und Qualifikation der Geschäftsleiter

von Versicherungsunternehmen .....	43
A. Der Begriff des Geschäftsleiters.....	45
I. Gesetzliche Regelung der Vertretungsbefugnis .....	45
II. Abweichende Regelung der Vertretungsbefugnis in der Satzung .....	46
B. Zuverlässigkeit.....	47
I. Tatsächliche Grundlage der Zuverlässigkeitsprüfung.....	49
II. Prüfungsmaßstab .....	49
III. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Zuverlässigkeitsprüfung.....	51
IV. Beweislast .....	52
V. Fallgruppen der Zuverlässigkeitsprüfung .....	52

1.) Strafbares Verhalten .....	52
a.) Beschränkung auf bestimmte Straftaten oder Straftatbestände .....	53
aa.) In § 76 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 AktG aufgeführte Tatbestände als Regeltatbestände für die Prüfung der Zuverlässigkeit .....	53
aaa.) Bedeutung des § 76 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 AktG im Aktienrecht.....	53
bbb.) Bedeutung der Regelung in § 76 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 AktG für die Zuverlässigkeitsprüfung nach dem VAG .....	55
ccc.) Zwischenergebnis.....	56
bb.) Beschränkung auf die in § 145b Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 VAG aufgeführten Straftaten .....	56
b.) Entscheidungsgrundlage .....	57
c.) Entscheidungen der Strafgerichte.....	58
d.) Gewerbebezug .....	62
e.) Gewerbebezug einzelner Straftatbestände .....	63
aa.) Vermögensdelikte .....	63
bb.) Geld- und Wertzeichenfälschung, §§ 146-152a StGB.....	64
cc.) Falsche uneidliche Aussage und Meineid, §§ 153-163 StGB.....	65
dd.) Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimnisbereichs, §§ 201-206 StGB .....	65
ee.) Geldwäsche, § 261 StGB.....	65
ff.) Urkundenfälschung, §§ 267-282 StGB.....	66
gg.) Insolvenzstraftaten, §§ 283-283d StGB.....	67
hh.) Wucher, § 291 StGB .....	67
ii.) Straftaten gegen den Wettbewerb, §§ 298-300 StGB.....	68
jj.) Steuerhinterziehung, § 370 AO .....	68
kk.) Im VAG geregelte Straftatbestände der §§ 134, 137-143 VAG .....	68
ll.) Andere spezialgesetzliche Straftatbestände .....	69
f.) Ordnungswidrigkeiten .....	70
g.) Zeitliche Grenzen der Verwertbarkeit.....	72
aa.) Grenze der Verwertbarkeit nach § 51 Abs. 1 BZRG .....	72
bb.) Anwendbarkeit des § 52 Abs. 1 Nr. 4 BZRG.....	73
cc.) Grenze der Verwertbarkeit nach § 153 Abs. 6 und 7 GewO .....	75

dd.) Grenze der Verwertbarkeit für nicht in das Gewerberegister einzutragende Ordnungswidrigkeiten.....	76
2.) Verstöße gegen zivilrechtliche Vorschriften .....	77
3.) Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit .....	80
4.) Interessenkonflikte.....	83
a.) Tätigkeit als Versicherungsvermittler oder -makler .....	83
b.) Doppel-/Mehrfachmandate .....	84
aa.) Doppelmandate innerhalb eines Versicherungskonzerns.....	85
bb.) Sonderfall: Doppelmandat bei einem Versicherungsunternehmen und einem abhängigen Nicht-Versicherungsunternehmen .....	87
c.) Verwandtschaftliche Verhältnisse zu Aufsichtsratsmitgliedern .....	88
5.) Allgemeine charakterliche Mängel .....	90
C. Fachliche Eignung.....	91
I. Maßstab für die fachliche Eignung.....	91
II. Theoretische Kenntnisse .....	93
III. Praktische Kenntnisse .....	94
IV. Leitungserfahrung.....	96
V. Die Regelvermutung nach § 7a Abs. 1 Satz 3 VAG.....	97
1.) Ablauf der Prüfung der fachlichen Eignung in Anbetracht der Regelvermutung.....	98
2.) Die Voraussetzungen der Regelvermutung nach § 7a Abs. 1 Satz 3 VAG im Einzelnen .....	99
a.) Dreijährige Tätigkeit .....	99
b.) Leitende Tätigkeit.....	100
aa.) Frühere Geschäftsleitertätigkeit als leitende Tätigkeit.....	101
bb.) Tätigkeit in einem Aufsichtsorgan eines Versicherungsunternehmens als leitende Tätigkeit.....	101
cc.) Verhältnis der Begriffe „Leitungserfahrung“ und „leitende Tätigkeit“ .....	102
c.) Bei einem Versicherungsunternehmen .....	103
d.) Von vergleichbarer Größe und Geschäftsart .....	104
aa.) Größe .....	104
bb.) Geschäftsart.....	105
aaa.) Erst- und Rückversicherungsunternehmen .....	105

bbb.) Versicherungsaktiengesellschaften und VVaG .....	106
ccc.) Versicherungssparten.....	107
ddd.) VVaG und kleinere VVaG .....	107
eee.) Pensionsfonds .....	107
D. Tatsächliche Anforderungen an die Tätigkeit als Geschäftsleiter eines Versicherungsunternehmens als Maßstab für die fachliche Eignung gemäß § 7a Abs. 1 VAG .....	108
I. Vertikale Delegation von Aufgaben durch den Vorstand.....	110
1.) Leitungsaufgaben des Vorstands nach § 76 Abs. 1 AktG.....	112
a.) Gesetzlich zugewiesene Leitungsaufgaben.....	112
b.) Ungeschriebene Leitungsaufgaben des Vorstands .....	114
2.) Erfüllung der Leitungsaufgaben durch den Vorstand selbst .....	116
3.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen fachlichen Eignung gemäß § 7a Abs. 1 VAG .....	118
II. Horizontale Delegation von Aufgaben innerhalb des Vorstands.....	119
1.) Horizontale Delegation nach den gesellschaftsrechtlichen Regelungen.....	119
a.) Horizontale Delegation im Rahmen der Geschäftsverteilung gemäß § 77 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 AktG.....	120
b.) Auswirkungen einer horizontalen Delegation.....	121
aa.) Informationsanspruch/Unterrichtung .....	122
bb.) Verpflichtung zum Einschreiten bei Verdachtsmomenten.....	123
cc.) Pflicht zur laufenden Überwachung.....	123
c.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen fachlichen Eignung gemäß § 7a Abs. 1 VAG .....	124
2.) Erforderliches Spezialwissen in einem ressortaufgeteilten Vorstand .....	125
a.) Spezialwissen im Bereich des jeweils verantworteten Ressorts .....	126
aa.) Auslegung des Wortlauts.....	126
bb.) Systematische Auslegung .....	126
cc.) Teleologische Auslegung.....	128
dd.) Verfassungskonforme Auslegung .....	128
ee.) Ergebnis.....	129

b.) Spezialisten im Vorstand .....	129
aa.) Auslegung des Wortlauts.....	129
bb.) Systematische Auslegung .....	130
cc.) Historische Auslegung.....	130
dd.) Teleologische Auslegung.....	131
ee.) Verfassungskonforme Auslegung .....	132
ff.) Ergebnis.....	132
3.) Anforderungen an die Kenntnisse	
des Vorstandsvorsitzenden .....	132
a.) Rechtsstellung des Vorstandsvorsitzenden.....	133
aa.) Keine Über-/Unterordnung.....	134
bb.) Gesamtüberwachungspflicht.....	135
cc.) Eigene Stellungnahme.....	136
b.) Rechtsgrundlage im VAG.....	136
c.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen	
fachlichen Eignung gemäß § 7a Abs. 1 VAG.....	137
4.) Bedeutung des aufsichtsrechtlichen Vier-Augen-	
Prinzips für die Prüfung der fachlichen Eignung	
gemäß § 7a Abs. 1 VAG .....	138
a.) Inhalt des Vier-Augen-Prinzips.....	138
b.) Das Urteil des VG Frankfurt a.M. vom 08.07.2004.....	139
c.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen	
fachlichen Eignung gemäß § 7a Abs. 1 VAG.....	141
III. Anforderungen an das Risikomanagement von	
Versicherungsunternehmen gemäß § 64a VAG und ihre	
Bedeutung für die fachliche Eignung der Geschäftsleiter .....	141
1.) Anforderungen des § 64a Abs. 1 VAG an die	
Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen .....	142
a.) Compliance-Organisation gemäß	
§ 64a Abs. 1 Satz 1 VAG.....	143
b.) Risikomanagement gemäß § 64a	
Abs. 1 Satz 3 und 4 VAG.....	144
2.) Anforderungen an die Geschäftsorganisation von	
Aktiengesellschaften und VVaG nach § 91 Abs. 2 AktG .....	147
3.) Verantwortung der Geschäftsleiter für die	
ordnungsgemäße Geschäftsorganisation	
gemäß § 64a Abs. 1 Satz 2 VAG.....	150
4.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen	
fachlichen Eignung gemäß § 7a Abs. 1 VAG .....	152



a.) Aussagen in der Gesetzesbegründung hinsichtlich einer Delegation.....	152
b.) Aussagen in der Gesetzesbegründung hinsichtlich der erforderlichen Kenntnisse der Geschäftsleiter.....	153
c.) Ansicht von <i>Dreher</i> und <i>Schaaf</i> .....	155
d.) Eigene Stellungnahme.....	156
5.) Ergebnis.....	158
IV. Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und ihre Bedeutung für die Prüfung der fachlichen Eignung der Geschäftsleiter.....	159
1.) Rechtsnatur des DCGK.....	160
2.) Versicherungsunternehmen als börsennotierte Gesellschaften .....	161
a.) Versicherungsaktiengesellschaften als börsennotierte Gesellschaften.....	162
b.) VVaG als börsennotierte Gesellschaften .....	162
3.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen fachlichen Eignung gemäß § 7a Abs. 1 VAG.....	163
V. Besonderheiten bei einer Versicherungsholding.....	164
VI. Besonderheiten bei einem kleineren VVaG.....	166
VII. Der Arbeitsdirektor in der mitbestimmten Versicherungsaktiengesellschaft.....	167

§ 5 Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit und Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder von Versicherungsunternehmen .....	169
A. Aufsichtsratsmitglieder.....	170
B. Zuverlässigkeit.....	170
I. Vorstrafen der Aufsichtsratsmitglieder.....	171
II. Nichterfüllung der Überwachungspflichten gemäß § 111 AktG.....	172
C. Sachkunde.....	172
I. Auslegung anhand der Gesetzesmaterialien .....	173
1.) Gesetzesbegründung.....	173
2.) BaFin-Merkblatt.....	176
3.) Zwischenergebnis .....	178
II. Auslegung anhand anderer Normen, in denen Sachkunde ebenfalls vorausgesetzt wird.....	178
1.) Die Sachkunde nach den Regelungen der Sparkassengesetze der Länder.....	178

2.) Die Sachkunde im Sinne der §§ 18, 119, 147 KAGB.....	180
3.) Sachkunde nach den Regelungen der GewO .....	183
a.) Sachkunde von Sachverständigen im Sinne des § 36 Abs. 1 Satz 1 GewO .....	184
b.) Sachkunde von Versteigerern im Sinne des § 34b Abs. 5 Satz 1 GewO .....	185
c.) Sachkunde von Versicherungsvermittlern im Sinne des § 34d Abs. 2 Nr. 4 GewO.....	186
d.) Sachkunde von Finanzanlagevermittlern im Sinne des § 34f Abs. 2 Nr. 4 GewO .....	187
e.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der Sachkunde gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG .....	188
4.) Sachverstand im Sinne des § 100 Abs. 5 AktG.....	189
a.) Regelungshintergrund des § 100 Abs. 5 AktG.....	190
b.) Unabhängigkeit des Finanzexperten .....	191
c.) Sachverstand des Finanzexperten.....	193
d.) Rechtsfolgen des Fehlens eines Finanzexperten im Aufsichtsrat .....	197
e.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der Sachkunde gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG .....	198
5.) Zwischenergebnis.....	199
III. Die Anforderungen an die fachliche Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder nach dem Aktienrecht .....	199
1.) Die ungeschriebene Mindestqualifikation der Aufsichtsratsmitglieder nach dem „Hertie-Urteil“ des BGH vom 15.11.1982.....	200
2.) Forderungen nach weitergehenden Anforderungen an die Mindestqualifikation der Aufsichtsratsmitglieder.....	201
3.) Relevanz der gesellschaftsrechtlichen „ungeschriebenen Mindestqualifikation“ für die Prüfung der Sachkunde der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG.....	203
a.) Auslegung des Wortlauts .....	206
b.) Systematische Auslegung.....	206
c.) Teleologische Auslegung.....	207
d.) Verfassungskonforme Auslegung.....	208
e.) Zwischenergebnis .....	208
4.) Bestimmung der Anforderungen an die „ungeschriebene Mindestqualifikation“ .....	209

a.) Erforderliche Kenntnisse nach Maßgabe der gesellschaftsrechtlichen Anforderungen an die „ungeschriebene Mindestqualifikation“ .....	209
aa.) Aufgaben des Aufsichtsratsplenums nach dem AktG.....	209
bb.) Aufgaben des Aufsichtsratsplenums nach dem VAG.....	212
cc.) Zwischenergebnis .....	214
b.) Anforderungen an die „ungeschriebene Mindestqualifikation“ hinsichtlich der Konkretisierung auf die Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, in § 7a Abs. 4 VAG .....	215
c.) Erforderliche Kenntnisse hinsichtlich der Überwachung des Risikomanagements.....	216
5.) Zwischenergebnis .....	217
IV. Abweichende Anforderungen an die Sachkunde der Aufsichtsratsmitglieder aufgrund der Bildung von Aufsichtsratsausschüssen .....	217
1.) Wirkung einer Übertragung von Aufgaben auf Aufsichtsratsausschüsse .....	219
2.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der Sachkunde gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG.....	221
3.) Erforderliche Anzeigepflichten gegenüber der Aufsichtsbehörde.....	222
V. Aufsichtsrechtliche Prüfung einer „Gesamtqualifikation“ des Aufsichtsratsplenums .....	223
VI. Besondere Anforderungen an die Sachkunde des Aufsichtsratsvorsitzenden.....	224
1.) Rechtsstellung des Aufsichtsratsvorsitzenden.....	225
2.) Rechtsgrundlage im VAG .....	227
3.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen fachlichen Eignung gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG.....	228
VII. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Nachweis ausreichender Sachkunde .....	228
1.) Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorhandensein der „ungeschriebenen Mindestqualifikation“ im gesellschaftsrechtlichen Sinne .....	229
a.) „Hertie-Entscheidung“ des BGH .....	229
b.) Überwiegende Meinung im Schrifttum .....	229
c.) Eigene Stellungnahme.....	230

2.) Auslegung der Regelung in § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG .....	230
3.) Schlussfolgerungen für die Prüfung der erforderlichen Sachkunde gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG .....	231
VIII. Anforderungen an die Sachkunde der Ersatzmitglieder .....	231
IX. Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und ihre Bedeutung für die Prüfung der Sachkunde der Aufsichtsratsmitglieder .....	233
X. Anforderungen an die Sachkunde der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat .....	234
XI. Besonderheiten bei einer Versicherungsholding .....	237
XII. Besonderheiten bei einem VVaG beziehungsweise einem kleineren VVaG .....	239
XIII. Berücksichtigung der in § 7a Abs. 4 Satz 2 VAG aufgeführten Gesichtspunkte im Rahmen der Prüfung der Sachkunde der Aufsichtsräte .....	242
1.) Umfang und Komplexität der betriebenen Geschäfte .....	242
2.) Besonderheiten von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung .....	244
a.) Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung .....	244
b.) Besonderheiten im Hinblick auf die Besetzung des Aufsichtsrats .....	244
3.) Ergebnis .....	246

§ 6 Besonderheiten bei der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea-SE) .....	247
A. Die dualistische SE .....	248
I. Leitungsorgan der dualistischen SE .....	248
II. Aufsichtsorgan der dualistischen SE .....	250
B. Die monistische SE .....	252
I. Verwaltungsrat der monistischen SE .....	252
II. Geschäftsführende Direktoren der monistischen SE .....	253
III. Anwendbarkeit des § 7a Abs. 1 und den 4 VAG .....	257
1.) Anforderungen an die Mitglieder des Verwaltungsrats .....	258
2.) Anforderungen an die internen geschäftsführenden Direktoren .....	259
3.) Anforderungen an die externen geschäftsführenden Direktoren .....	260
§ 7 Begrenzung von Mehrfachmandaten .....	263
A. Bedeutung von Mehrfachmandaten .....	263

I. Mehrfachmandate in Konzernstrukturen.....	263
1.) Mehrfachmandate als Instrument für die Bildung eines Konzerns.....	264
2.) Mehrfachmandate als Instrument für den Aufbau einer Konzernleitungsstruktur .....	265
II. Interessenkonflikte durch die Wahrnehmung von Mehrfachmandaten .....	266
III. Mehrfachmandate als Voraussetzung für die umsatzsteuerliche Organschaft .....	267
IV. Mehrfachmandate als Folge des Spartentrennungsprinzips.....	267
V. Belastung der Arbeitseffizienz durch Mehrfachmandate .....	268
B. Empirische Untersuchungen zur tatsächlichen Relevanz von Mehrfachmandaten.....	269
C. Beschränkung von Geschäftsleiter-Mehrfachmandaten durch das VAG .....	272
I. Gesetzgebungsverfahren .....	272
II. Mandatsobergrenze bezüglich Geschäftsleitermandaten in gruppenexternen Unternehmen gemäß § 7a Abs. 1 Satz 5 VAG.....	274
III. Zulassung von mehr Geschäftsleiter-Mehrfachmandaten innerhalb von Versicherungs- oder Unternehmensgruppen gemäß § 7a Abs. 1 Satz 6 VAG.....	275
1.) Versicherungs- oder Unternehmensgruppe .....	275
2.) „Zulassen“ im Sinne des § 7a Abs. 1 Satz 6 VAG.....	276
3.) Antragserfordernis .....	278
a.) Antragsbefugtes Unternehmen.....	278
b.) Antragsbefugtes Organ.....	280
4.) Ermessenskriterien.....	281
a.) Leitbild von zwei Geschäftsleitermandaten .....	281
b.) Erfordernis, alle Geschäftsleiter-Mehrfachmandate innerhalb einer Versicherungs- oder Unternehmensgruppe auszuüben .....	282
c.) Sicherstellung einer einheitlichen Leitung .....	283
d.) Einheitliche Leitung der gruppenzugehörigen Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung .....	285
e.) Gesamtzahl der von einer Person ausgeübten Vorstands- und Aufsichtsratsmandate .....	286
aa.) Gewichtung der Vorstandsmandate .....	287
bb.) Gewichtung der Aufsichtsratsmandate.....	288

f.) Vermeidung von Interessenkonflikten .....	291
g.) Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens.....	291
h.) Berücksichtigung steuerlicher Gesichtspunkte.....	291
IV. Abschließende Kritik.....	292
D. Beschränkung von Aufsichtsratsmehrfachmandaten durch das VAG .....	292
I. Höchstzahl an Aufsichtsratsmandaten gemäß § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AktG .....	293
1.) In die Berechnung der Höchstzahl einzubeziehende Mandate .....	293
2.) Konzernprivileg.....	294
3.) Doppelte Anrechnung von Mandaten als Aufsichtsratsvorsitzender gemäß § 100 Abs. 2 Satz 3 AktG.....	297
4.) Rechtsfolge von Verstößen gegen die Bestellungshindernisse des § 100 Abs. 2 AktG .....	298
II. Höchstzahl an Kontrollmandaten bei unter der Aufsicht der BaFin stehenden Unternehmen gemäß § 7a Abs. 4 Satz 4, 1. Hs. VAG.....	299
1.) Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans .....	299
a.) Unternehmen in Sinne des § 7a Abs. 4 Satz 1 VAG.....	300
b.) Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan .....	300
2.) Kontrollmandate bei unter der Aufsicht der BaFin stehenden Unternehmen.....	301
a.) Kontrollmandate .....	301
b.) Unter der Aufsicht der BaFin stehende Unternehmen .....	302
3.) Doppelte Anrechnung von Aufsichtsratsvorsitzmandaten .....	302
4.) Verhältnis der Mandatsobergrenze gemäß § 7a Abs. 4 Satz 4, 1. Hs. VAG zu derjenigen gemäß § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AktG.....	303
III. Privilegierung von Aufsichtsratsmandaten derselben Versicherungs- oder Unternehmensgruppe gemäß § 7a Abs. 4 Satz 4, 2. Hs. VAG .....	304
1.) Versicherungs- oder Unternehmensgruppe.....	306
2.) Anrechnung der Versicherungs- oder Unternehmensgruppe selbst auf Höchstzahl gemäß § 7a Abs. 4 Satz 4, 1. Hs. VAG.....	306
3.) Mehrfachmandate in verschiedenen Versicherungs- oder Unternehmensgruppen .....	307

IV. Verhältnis zum Konzernprivileg gemäß § 100 Abs. 2 Satz 2 AktG .....	307
V. Abschließende Kritik.....	309
 § 8 Begrenzung des Wechsels aus dem Vorstand in den Aufsichtsrat.....	311
A. Karenzzeit im Falle des Wechsels aus dem Vorstand in den Aufsichtsrat gemäß § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AktG .....	311
B. Begrenzung der Anzahl ehemaliger Vorstandsmitglieder im Aufsichtsrat gemäß § 7a Abs. 4 Satz 3 VAG.....	314
I. Frühere Tätigkeit als Geschäftsleiter des betreffenden Unternehmens .....	314
II. Keine Möglichkeit eines Dispenses .....	315
III. Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans.....	315
IV. Verhältnis der Regelung zur Karenzzeit gemäß § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AktG .....	315
C. Abschließende Kritik .....	316
 § 9 Rechtsfolgen und Eingriffsbefugnisse bei Verstößen gegen die Regelungen in § 7a Abs. 1 Satz 5 und Abs. 4 Satz 3 und 4 VAG.....	317
A.) Nichtigkeit des Wahlbeschlusses entsprechend § 76 Abs. 3 Satz 2 beziehungsweise § 250 Abs. 1 Satz 4 AktG.....	317
B.) Abberufungsverlangen der Aufsichtsbehörde auf Grundlage der sogenannten Missstandsklausel in § 81 Abs. 2 VAG .....	318
C.) Ergebnis.....	320
 § 10 Voraussichtliche Änderungen durch die Einführung des Solvency II-Aufsichtsregimes durch das 10. Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes .....	321
A. Relevante Änderungen im VAG-E.....	322
I. Regelungen zum VVaG nach dem VAG-E .....	322
II. Anforderungen an die Geschäftsorganisation und das Risikomanagement nach dem VAG-E.....	322
III. Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörde nach dem VAG-E.....	323
IV. Neuregelung der Anforderungen an die Qualifikation von Geschäftsleitern und Aufsichtsräten in § 25 Abs. 1 und 2 VAG-E .....	324

B. Personen im Sinne des § 25 Abs. 1 VAG-E.....	325
I. Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten.....	325
1.) Geschäftsleiter .....	326
2.) Aufsichtsratsmitglieder .....	326
3.) Andere Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten.....	326
II. Personen, die Schlüsselaufgaben innehaben.....	329
1.) Funktionen im Sinne der §§ 27, 29-31 VAG-E.....	329
2.) Mitgliedschaft im Aufsichtsrat als Schlüsselaufgabe gemäß § 25 VAG-E .....	330
3.) Andere Aufgabenbereiche als Schlüsselaufgaben gemäß § 25 VAG-E .....	331
C. Geänderte Anforderungen an die Geschäftsleiter und Aufsichtsräte durch die geplante Neuregelung in § 25 VAG-E.....	333
I. Geänderte Anforderungen an die Geschäftsleiter .....	333
II. Geänderte Anforderungen an die Aufsichtsräte.....	335
§ 11 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	337